

Grundwissen Q11

Ständegesellschaft (11/1.1)

Mittelalter

Die Epoche zwischen Antike und Neuzeit. Der Anfang wird auf um 500 datiert, als das Weströmische Reich (476) und das Frankenreich begann (ca. 500). Das Mittelalter endete um 1500 in einer Zeit religiöser Umwälzungen (1517 Reformation), wichtiger Erfindungen (Buchdruck) und der Entdeckung Amerikas (1492)

Neuzeit/Frühe Neuzeit

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritte, die im 14. und 15. Jh. in Europa erreicht wurden, veranlassten Historiker im 19. Jh. dazu, die Zeit ab um 1500 als Neuzeit zu bezeichnen. Dabei gingen sie davon aus, dass die Entwicklung eines neuen Menschenbildes (in Renaissance und Humanismus), die Erfindung des Buchdrucks, die Entdeckungsreisen und die Reformation die Grundlagen der modernen Zeit darstellen. Als Frühe Neuzeit bezeichnen die Forscher die Zeit von 16.-18. Jh., um sie von der neuzeitlichen Moderne, die mit der Industriellen Revolution und den politischen Revolutionen um 1800 beginnt, abzugrenzen.

Christentum

Der Begriff bezeichnet die auf Jesus Christus (= „Der Gesalbte“), sein Leben und seine Lehre begründete Religion

Adel

Der Begriff bezeichnet die Schicht mächtiger Familien, die seit dem Mittelalter durch Abstammung und Grundbesitz besondere Rechte gegenüber der übrigen Bevölkerung beanspruchte. Adlige genossen ein hohes Ansehen und übernahmen oft militärische Dienste und Verwaltungsaufgaben für den König. Sie zahlten keine Steuern. Zum Adel zählten z.B. Grafen, Herzöge und später auch die Ritter (s.u.). Die Vorrechte des Adels wurden in Europa mit der Entwicklung der Demokratie in England und mit der Französischen Revolution (1789) schrittweise abgestuft.

Ritter

Ritter waren berittene und gepanzert in den Kampf ziehende Krieger des Mittelalters. Ihr Stand bildete sich aus den alten, Grundbesitzenden Adel und den zunächst unfreien Dienstmännern, die für ihre Herren kämpften. Ab dem 12. Jh. verband die Ritter ein Ideal, das für den einfachen Ministerialen ebenso wie für den König galt: Kriegsdienst und Treue gegenüber dem Herrn, Schutz der Kirche und der Armen und eine kultivierte, „ritterliche“ Lebensart.

Patrizier

Bezeichnung für die Angehörigen der städtischen Oberschicht im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit. Zum Patriziat gehörten einflussreiche bürgerliche und adlige Familien, meistens Kaufleute und Großgrundbesitzer. Patrizier fühlten sich den Adelsfamilien auf dem Lande ebenbürtig.

Bürger

Der Begriff Bürger bezog sich im Mittelalter auf eine städtische Bevölkerungsgruppe. Bürger hatten das Recht auf Grundbesitz und konnten ihren Wohnsitz frei wechseln. Alle Bürger unterstanden dem Stadtrecht. Dies galt für Männer und Frauen. Allerdings konnten nur die männlichen Vollbürger in den Rat der Stadt gewählt werden und Ämter besetzen. Juden waren fast immer vom Bürgerrecht ausgeschlossen, ebenso Gesellen, Mägde und Tagelöhner. Heute bezeichnet der Begriff „Bürger“ alle mit vollen politischen Rechten (z.B. aktives und passives Wahlrecht) ausgestatteten Einwohnerinnen und Einwohner eines Staates.

Grundherrschaft

Im Mittelalter verfügte der Grundherr über das Obereigentum an Grund und Boden. Grundherr konnte aber nur ein Adliger oder ein Bischof sein oder eine Einrichtung wie z.B. ein Kloster. Der Grundherr überließ abhängigen Bauern, den Grundholden („Hörigen“), Land zur Bewirtschaftung. Für den Schutz durch den Grundherrn waren die Hörigen zu Abgaben und Frondiensten verpflichtet. Gänzlich unfreie Bauern, die Leibeigenen, arbeiteten auf dem Herrenland bzw. auf Fronhöfen, die den Mittelpunkt einer Grundherrschaft bildeten. Zwar ändern sich im Laufe der Zeit die Arten der Abhängigkeit und der Abgaben (Frondienste konnten seit dem Spätmittelalter durch Geldzahlungen abgegolten werden), doch die Grundherrschaft bestimmte Leben und Wirtschaften der Bauern in Europa bis ins 19. Jh.

Ständewesen

Im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit bestimmte die Geburt, zu welchem gesellschaftlichen Stand ein Mensch gehörte. Teilte sich im frühen Mittelalter die Gesellschaft in Adlige sowie Freie und Unfreie, setzte sich die Kirche seit dem 11. Jh. mit ihrer „Dreiständelehre“ (Klerus, Adel, Bauern) durch. Im Laufe des Mittelalters kamen die Bürger in den entstehenden Städten zum dritten Stand hinzu. Zu keinem Stand gehörten Arme, Tagelöhner und die Minderheit der Juden. Die Zugehörigkeit zu einem Stand galt als gottgewollt und damit auch die politische und soziale Ungleichheit zwischen den Ständen. Der Stand bestimmte über den Zugang zu Berufen, zu Rechten, zu politischer Macht und zur Bildung. Ein Wechsel des Standes war in der Ständegesellschaft kaum möglich.

Lehenswesen/Vasall

s. Grundwissen Q12

Stadtrecht

Durch die Verleihung des Stadtrechts an eine Siedlung schufen Stadtgründer im mittelalterlichen Europa einen eigenen Rechtsbezirk. In der Gründungsurkunde wurden die in der Stadt geltenden Privilegien festgelegt, z.B. das Recht, einen Markt abzuhalten oder Zölle zu erheben, ebenso Rechtsgrundsätze für das Zusammenhalten der Bürgerinnen und Bürger sowie die Pflichten gegenüber dem Stadtherrn

Getto

Seit dem Mittelalter bezeichnet der Begriff Getto ein abgegrenztes Stadtviertel, in dem die Juden lebten. Ein Getto war häufig umgeben von Mauern und Toren, die abends verschlossen wurden. Juden und Christen lebten dadurch häufig isoliert voneinander.

Zunft

Zusammenschluss von Menschen, die in einer Stadt dasselbe Gewerbe ausübten, Handwerkermeister mussten ihr beitreten (Zunftzwang). Sie regelte die Arbeitsverhältnisse, sicherte die wirtschaftliche Existenz durch Ausschaltung von Konkurrenz und prägte die Lebensführung. Zünfte entstanden im 12. Jh. und wurden im 19. Jh. abgeschafft.

Merkantilismus

Vorherrschende Wirtschaftspolitik in Europa in der Epoche des Absolutismus (17./18. Jh.). Ziel merkantilistischer Wirtschaftsweise war es, die Ausfuhr des Staates zu erhöhen und die Einfuhr zu beschränken. Die so erzielten Überschüsse aus dem grenzüberschreitenden Handel - vor allem durch Ausfuhr hochwertiger Fertigwaren, wie z.B. Porzellan - wurden als entscheidend für die Erhöhung des Reichtums eines Staates betrachtet. Kritiker des Merkantilismus bemängelten indes, dass diese Wirtschaftsweise zu einseitig auf den Export von Waren ausgerichtet sei.

Industriegesellschaft (11/1.2)

Bürgertum

In Mittelalter und in der Frühen Neuzeit die freien, vollberechtigten Stadtbewohner, meist Kaufleute und Handwerker; ab dem 18. Jh. Angehörige einer durch Besitz, Bildung und Einstellungen gekennzeichneten Schicht, die sich von Adel, Klerus, Bauern und Arbeitern abhebt. Im 19. und 20. Jh. gelten Unternehmer und Geschäftsleute als Besitzbürger, zu den Bildungsbürgern zählen Freiberufler, höhere Beamte oder Angestellte mit akademischer Bildung, Kleinbürger sind Handwerker oder Kleinhändler. Der Begriff „Staatsbürger“ meint dagegen alles Einwohner eines Staates mit gleichen „bürgerlichen“ Rechten, z.B. vor Gericht oder bei Wahlen.

Arbeiterbewegung

Der Begriff bezeichnet die Gesamtheit der Organisationen der Industriearbeiter, die mit der Industrialisierung und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem seit Beginn des 19. Jh. in Europa entstanden. Die Arbeiterbewegung entwickelte sich zu einer Massenbewegung mit Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Sie verstand sich als „Klassenbewegung“, war jedoch in sich stark differenziert mit z.B. traditionellen Handwerkern waren die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft sowie die politische Emanzipation in einem demokratischen Staat.

Soziale Frage

Sammelbezeichnung für die wirtschaftliche und soziale Notlage der entstehenden Industriearbeiterschaft in der frühen Industrialisierung. Hauptprobleme waren unsichere Arbeitsplätze, häufige Arbeitslosigkeit, häufige Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, überlange Arbeitszeiten, fehlende soziale Sicherung und Wohnungsnot.

Sozialgesetzgebung

Vom deutschen Reichskanzler Bismarck in den Jahren 1883 bis 1889 als „Antwort“ auf die „soziale Frage“ und den Druck der Arbeiterbewegung eingeführte Gesetze zur Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung. Die Bismarcksche Sozialgesetzgebung gilt als Beginn moderner staatlicher Sozialpolitik.

Liberalismus

Politische Bewegung, die sich in Deutschland nach dem Wiener Kongress (1814/1815) herausbildete. Das zentrale Anliegen war die Sicherung der Freiheitsrechte des Einzelnen, insofern wandten sich die Liberalen gegen jede Bevormundung durch den Staat. Um die persönlichen Rechte gewährleisten zu können, drängten sie auf den Erlass einer Verfassung, in der die Grundrechte verbrieft sein sollten. Im Laufe des 19. Jh. spielten die Liberalen in den politischen Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle, ohne jedoch ihre Ziele vollständig durchsetzen zu können.

Industrielle Revolution

Bezeichnung für die tief greifenden technischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die in der zweiten Hälfte des 18. Jh. in England und im übrigen Europa im 19. Jh. begannen. Wesentliche Merkmale waren der Einsatz von Maschinen, die Arbeitsteilung und die Massenproduktion in den entstehenden Fabriken. Der Begriff „Revolution“ wird wegen des für zeitgenössische Beobachter schnellen Verlaufs und der drastischen Veränderung der Arbeits- und Lebensweise vieler Menschen verwendet. Mit der „Industrialisierung“ bezeichnet man den längerfristigen Wandel seit dem 18. Jahrhundert in Europa und weltweit.

Sozialismus

(von lat. Socius = Genosse)

Der Sozialismus wurde als politisches „Gegenmodell“ zum „bürgerlichen Liberalismus“ entworfen. Er stellt die Interessen der Gemeinschaft und Gesellschaft über die Rechte des Individuums. An die Stelle des Privateigentums an Produktionsmitteln tritt das Volkeigentum. Die Gleichheit aller Menschen innerhalb der Gesellschaft gilt als eines der obersten Ziele. Sozialistische Ideen wurden als Ziele einer Reform des Liberalismus/Kapitalismus von der

europäischen Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jh. aufgenommen, z.B. in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, jedoch mit der Idee der Demokratie verbunden. Die Verwirklichung sozialistischer Ideen in Herrschaftssystemen im 20. Jh. (z.B. in der Sowjetunion oder der DDR) scheiterte insbesondere an mangelnder Freiheit für die Menschen und an wirtschaftlicher Ineffektivität des sozialistischen Systems. Als Kommunismus wurde - vereinfacht formuliert - die „Endstufe“ der sozialistischen Gesellschaft verstanden.

Imperialismus

Der Begriff bezeichnet die Herrschaft eines infolge seiner industriellen Entwicklung weiterentwickelten Staates über weniger entwickelte Länder. Die Epoche der Imperialismus umfasst den Zeitraum zwischen 1880 und 1918. Während dieser Zeit betrieben die europäischen Großmächte eine Politik des aggressiven und auf Expansion ausgerichteten Nationalismus. Imperiale Herrschaft wurde „direkt“ (durch Besetzung und Einrichtung einer Kolonialregierung) oder „indirekt“ (durch Kontrolle über die eingesetzte einheimische Regierung) ausgeübt. Im Gegensatz zum alten Kolonialismus der Frühen Neuzeit hatte der Imperialismus eine wesentliche Antriebskraft in der Industrialisierung.

Weimarer Republik (11/2.1)

1914-1918 Erster Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg unterscheidet sich in mehreren Punkten grundlegend von den Kriegen früherer Jahrhunderte, und zwar:

- die Zahl der Opfer und das Ausmaß der Zerstörung
- die militärisch-territoriale Ausdehnung
- der Einsatz von Millionenheeren
- eine gewaltige, industrielle Militärmaschinerie

Unmittelbarer Kriegsauslöser war das Attentat von Sarajewo am 28. Juni 1914. Langfristige Ursachen liegen in machtpolitischen Gegensätzen zwischen den Ententemächten Großbritannien, Frankreich und Russland einerseits sowie den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn andererseits. Hinzu kamen Interessenkonflikte im europäischen Staatensystem sowie Rivalitäten, die sich aus der imperialistischen Politik ergaben. Erstmals beteiligten sich ab 1917 die USA an einem Krieg in Europa.

1918 Novemberrevolution

Umsturz der politischen Machtverhältnisse in Deutschland am 9. November 1918 und in den folgenden Wochen. Kennzeichen waren: Sturz der Monarchie, Ausrufung der Republik, Zurückdrängen des anfänglichen Räteystems zugunsten einer parlamentarischen Demokratie

Vertrag von Versailles

Der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 beendete den Ersten Weltkrieg völkerrechtlich zwischen dem Deutschen Reich und den Siegermächten. Er sprach Deutschland die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zu, bestimmte die neuen Grenzen Deutschlands und regelte Reparationszahlungen und Rüstungsbegrenzungen.

Republik

Staatsform ohne König. Die souveräne Macht übt das Volk oder ein Teil des Volkes aus, zum Adlige; das oberste Staatsorgan wird nur auf Zeit bestimmt wird. In der Geschichte Roms wurde die etruskische Königsherrschaft um 510 v. Chr. durch die Herrschaft des Adels abgelöst. Rom wurde damit zu einer Republik (lat res publica = öffentliche Sache, im Gegensatz zu res privata = Sache des Einzelnen). In Deutschland war die Weimarer Republik die erste Republik.

Demokratie

Staatsform, in der das Volk über die Politik eines Staates entscheidet (von griech. Demos = Volk, kratein = herrschen). In vielen griechischen Stadtstaaten nahmen alle männlichen Bürger an den Beratungen und Beschlüssen der Polis teil (direkte Demokratie). In den meisten modernen demokratischen Staaten dagegen wählen alle erwachsenen Männer und Frauen ein Parlament, das ihre Interessen vertritt (parlamentarische Demokratie).

1929 Weltwirtschaftskrise

Mit dem „Schwarzen Freitag“ (Börsenkrach am 25. Oktober 1929 in New York) beginnenden weltweiten Kursabstürzen wurde offenkundig, dass sich die Weltwirtschaft in einer tiefen Krise befand. Zuvor hatten insbesondere viele Anleger in den Vereinigten Staaten von Amerika in einer Art Spekulationsrausch mit Aktien große Geldgewinne machen wollen, obwohl sich der konjunkturelle Einbruch (bedingt durch Überproduktion und Absatzschwierigkeiten) bereits abzeichnete. Die Folgen zeigten sich weltweit in Konkursen und einem bis dahin unbekanntem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Viele Staaten stürzten in den Folgejahren in eine wirtschaftliche und soziale Krise. In manchen Ländern, wie z.B. Deutschland, erwuchs daraus auch eine politische Krise.

Weimarer Verfassung

Die Weimarer Verfassung trat am 11. August 1919 in Kraft. Deutschland wurde damit eine parlamentarische Republik, in der die Staatsgewalt vom Volk durch die gewählten Abgeordneten des Reichstags.

Parlament

(von franz. parler = reden).

Bezeichnung für eine Volksvertretung, die aus einer oder zwei Kammern besteht. Das erste Parlament entstand in England im ausgehenden 13. Jh. als eine Folge der Magna Charta und schränkte die Königsmacht ein. In Deutschland wurden erst im 19. Jh. Parlamente gewählt (1848 das erste gesamtdeutsche Parlament in der Frankfurter Paulskirche).

Reichstag

Nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 wurde der Reichstag als Volksvertretung nach dem gleichen, geheimen, direkten Mehrheitswahlrecht von Männern über 25 Jahre gewählt. Er hatte in der Verfassung gegenüber dem Kaiser und dem Bundesrat eine schwache Stellung. Die Regierung war dem Parlament gegenüber nicht verantwortlich. Lediglich der Staatshaushalt (ohne Militäretat) wurde von ihm allein beschlossen. In der Weimarer Republik wurde die Bezeichnung „Reichstag“ für das nun verfassungsrechtlich erheblich gestärkte Parlament übernommen. Die Männer und Frauen über 20 Jahre wählten die Reichstagsabgeordneten nach dem Verhältniswahlrecht.

Inflation

(lat. „Aufblähung“)

Anhaltende Geldentwertung, die durch eine starke Vermehrung der umlaufenden Geldmenge gegenüber dem Güterumlauf entsteht. Als Folge steigen die Preise, es setzt eine Flucht in Sachwerte ein, wie z.B. in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Bei über 50 Prozent Anstieg des allgemeinen Preisniveaus innerhalb eines Jahres wird von „Hyper-Inflation“ gesprochen. Nach der Stabilisierung der Währung im November 1923 war eine Billion Papiermark nur noch eine Goldmark wert.

1923 Hitlerputsch

Der Hitlerputsch vom 8./9. November 1923 stellte eine starke Gefährdung der Weimarer Demokratie in dem von zahlreichen Krisen geschüttelten Jahr 1923 dar. Es war der Versuch rechtsradikaler Kräfte, in Bayern und Deutschland die Macht an sich zu reißen. Der Putsch scheiterte am Widerstand der bayerischen Landespolizei. Die milden Urteile gegenüber Adolf Hitler und den anderen Putschisten zeugten von einer starken Voreingenommenheit des Gerichts gegenüber den Angeklagten und der Weimarer Demokratie.

Nationalsozialismus (11/2.2)

Nationalsozialismus

Rechtsradikale politische Bewegung und Ideologie, die 1933 in Deutschland zum Aufbau einer Diktatur unter dem „Führer“ Adolf Hitler und zum Verlust der demokratischen Freiheiten führte. Grundlegende Merkmale sind ein extremer Nationalismus, Rassismus und Expansionismus.

„Drittes Reich“

Bezeichnung für das nationalsozialistische Deutschland (1933-1945). Mit diesem Begriff wird eine Beziehung zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (1871-1918) hergestellt und gleichzeitig eine Vollendung der deutschen Geschichte durch den Nationalsozialismus behauptet.

30. Januar 1933: Hitler wird Reichskanzler

Aus den Reichstagswahlen 1932 ging die NSDAP als stärkste Partei hervor. Da die bisherigen Präsidialkabinette gescheitert waren, wollten Reichspräsident Hindenburg und seine Berater Adolf Hitler für ihre politische Ziele einspannen und ernannten ihn zum Reichskanzler. In Hitlers Regierung waren die NSDAP-Mitglieder in der Minderheit, doch hatte Hitler jetzt auf scheinbar legalem Weg eine Position erreicht, die es ihm ermöglichte, seine Ziele umzusetzen.

„Machtergreifung“

Der von Nationalsozialisten geprägte Begriff beschreibt die politischen Veränderungen seit 1933, die 1934 zur Durchsetzung der NS-Diktatur führten. Erste Stationen waren:

- die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler (30. Jan. 1933)
- die „Reichstagsbrandverordnung“ (28. Febr. 1933)
- das „Ermächtigungsgesetz“ (23. März 1933) und
- die Gleichschaltungsgesetze (Frühjahr 1933).

Mit den Gesetzen wurden Kerninhalte der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt.

Geschichtswissenschaftler verwenden anstelle von „Machtergreifung“ häufiger die Begriffe „Machtübertragung“ und „Machtübergabe“.

1933 „Ermächtigungsgesetz“

Das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (Ermächtigungsgesetz) vom 23. März hob die Gewaltenteilung auf. Der Regierung wurde damit unumschränktes Gesetzgebungsvollmacht eingeräumt. Eine Bindung der Regierung an Parlamentsbeschlüsse gab es nicht mehr, was eine willkürliches Handeln des Staatsapparats ermöglichte.

„Gleichschaltung“

Politisches Schlagwort aus der Zeit der „Machtergreifung“ Ziel der Nationalsozialisten war es, die gesamte Bevölkerung in ihrem Denken und Handeln auf die Ziele der NSDAP einzuschwören und den Pluralismus in Staat und Gesellschaft zugunsten des Bewusstseins einer einheitlichen „Volksgemeinschaft“ aufzuheben. Um dies im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben umzusetzen, wurden 1933/1934 viele Einrichtungen verboten (z.B. andere Parteien oder in bestehende oder neu gegründete NS-Organisationen eingegliedert).

Antisemitismus

Antijüdische Bewegung seit der zweiten Hälfte des 19. Jh. die an die religiös begründete antike und mittelalterliche Judenfeindschaft anknüpfte. Der Rassenantisemitismus rechtfertigte die Ablehnung der Juden mit dem Hinweis auf ihre „völkisch-rassische“ Fremdheit und behauptete, dass Juden „Minderwertig“ und nicht integrierbar seien.

„Nürnberger Gesetze“

Die Ausgrenzung und Entrechtung der Juden im nationalsozialistischen Deutschland wurde mit vielen diffamierenden und schikanösen Maßnahmen vollzogen. Den markantesten Punkt der Entrechtung stellen die „Nürnberger Gesetze“ (1935) dar, wonach eheliche Verbindungen und geschlechtliche Beziehungen zwischen Juden und sog. Ariern unter Strafe gestellt und die Juden zu Bürgern zweiter Klasse ohne volle politische Rechte gemacht wurden.

9./10. November 1938: Pogromnacht

Dass auf die Entrechtung die Verfolgung würde, musste die jüdische Bevölkerung im November 1938 schmerzlich erfahren. Neben der materiellen Schädigung, die vielen Juden die wirtschaftliche Existenz kostete, bedeuteten die Brandanschläge auf die Synagogen einen massiven Angriff auf die religiöse Identität der Juden.

Konzentrations- und Vernichtungslager

Massenlager, in denen Menschen inhaftiert, misshandelt und ermordet wurden, die den rassistischen, ideologischen und politischen, aber auch vorgeblich sozialen Vorstellungen der Nationalsozialisten nicht entsprachen. Ab 1938 wurden Häftlinge zur Zwangsarbeit für SS und Rüstungsindustrie eingesetzt. Seit 1941 wurden in den besetzten Ostgebieten Vernichtungslager errichtet und dort bis zum Frühjahr 1945 ca. sechs Millionen Juden und eine halbe Million weiterer Personen meist in Gaskammern ermordet.

1. September 1939: Beginn des Zweiten Weltkriegs

Der Krieg begann mit dem Überfall deutscher Truppen auf Polen. Großbritannien und Frankreich hielten sich an die gegenüber Polen abgegebenen Garantien und erklärten Deutschland den Krieg, der sich zum Weltkrieg ausweitete.

Systematische Vernichtung der Juden (Holocaust, Shoah)

Auf die Phasen der Entrechtung (z.B. Nürnberger Gesetze 1935) und Verfolgung (z.B. 1938) folgte in konsequenter Umsetzung der NS-Rassenideologie die physische Ermordung von Millionen Juden in Vernichtungslagern. Das Lager Auschwitz wurde als ein Ort des systematischen Mordens zum Symbol der menschenverachtenden NS-Rassenpolitik. Die Deportationen der Juden in die Vernichtungslager begannen 1941, die Massenvergasungen 1942. Das Phänomen des Völkermords an den Juden haben die Nationalsozialisten mit dem Begriff „Endlösung“ verschleiert. In der Geschichtsschreibung taucht häufig der Begriff Holocaust auf (griech. „totale Verbrennung“). Die überlebenden Juden sprechen meist von der Shoah (hebräisch „einzigartiges Opfer, totale Zerstörung“). Die Auseinandersetzung mit der Frage nach Schuld und Verantwortung ist eine Aufgabe auch für die heutige Generation.

7./9. Mai 1945: Bedingungslose Kapitulation

Nach der Umklammerung Berlins durch sowjetische Truppen beging Hitler am 30. April 1945 im Bunker der Reichskanzlei Selbstmord. Die Führung der deutschen Wehrmacht unterzeichnete am 7. Mai 1945 in Reims und wiederholend am 9. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst die bedingungslose Kapitulation an allen Fronten in Kraft und der Untergang des „Dritten Reiches“ damit besiegelte.

Bundesrepublik (11/2.3)

Potsdamer Konferenz

Die Sowjetunion, die USA und Großbritannien vereinbarten auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945): Deutschland wird in vier Besatzungszonen geteilt, die Hauptstadt Berlin in vier Sektoren. In den einzelnen Zonen haben die jeweiligen Militärbefehlshaber die oberste Gewalt. Ein Alliiertes Kontrollrat fällt Entscheidungen, die Deutschland als Ganzes betreffen. Reparationen entnimmt jede Besatzungsmacht aus ihrer Zone (Demontage, Geldleistungen aus Guthaben oder laufender Produktion). Die deutsche Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Grenze (polnische Verwaltung) und Nordostpreußen (sowjetische Verwaltung) wird nach Deutschland umgesiedelt. In Deutschland soll in begrenztem Umfang ein politisches Leben entstehen: Parteien, Gewerkschaften und Verbände werden zugelassen. Voraussetzung ist die gründliche Entnazifizierung der Bevölkerung.

Besatzungszonen

Noch während des Zweiten Weltkrieges hatten Roosevelt (USA), Churchill (GB) und Stalin (UdSSR) vereinbart, Deutschland nach dessen bedingungsloser Kapitulation in drei Besatzungszonen aufzuteilen. Großbritannien und die USA traten aus ihrem Anteil Gebiete für eine vierte, die französische Zone ab. Berlin wurde in vier Sektoren geteilt.

Entnazifizierung

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten die Siegermächte die deutsche Gesellschaft vom Nationalsozialismus zu säubern. Maßnahmen waren neben der gerichtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechern (Nürnberger Prozesse) u.a. die Entfernung ehemaliger Nationalsozialisten aus einflussreichen Positionen und die Umerziehung der Bevölkerung durch Schule und Medien. Bis 1954 wurde die Entnazifizierung durch "Schlussgesetze" beendet.

Flucht und Vertreibung

Im Herbst 1944 begann die Flucht der deutschen Bevölkerung nach Westen aus Furcht vor der Sowjetarmee und als Opfer "wilder" Vertreibungen. Die planmäßige Umsiedlung der Deutschen östlich von Oder und Neiße aus Ungarn und der Tschechoslowakei begann 1946. Dazu kam eine Fluchtwelle aus der UdSSR in die westlichen Besatzungszonen. Insgesamt verloren ca. 18 Mio. Deutsche ihre Heimat.

Währungsreform

Im Juni 1948 führten die Westalliierten in ihren Zonen und in Berlin (West) die Deutsche Mark, unmittelbar darauf die sowjetischen Machthaber in der SBZ und Berlin (Ost) die DM-Ost als neue Währungen ein. In den Westzonen gilt die Währungsreform als wichtiger Faktor für die positive wirtschaftliche Entwicklung im Westen Deutschlands. Die Währungsreformen vertieften die sich anbahnende Spaltung Deutschlands in Ost und West.

24. Mai 1949: Grundgesetz

Am 24. Mai 1949 trat das Grundgesetz der Bundesrepublik in Kraft. Es schreibt die Grundsätze der Menschenwürde, des demokratischen Rechtsstaates und der Bundesstaatlichkeit fest. Ursprünglich nur als Provisorium bis zur Wiedererlangung der staatlichen Einheit Deutschlands gedacht, ist es seit 1990 (mit Veränderungen) weiter gültig.

1949: Gründung der beiden deutschen Staaten

1949 kam es als Ausdruck des Ost-West-Gegensatzes auf Initiative der Besatzungsmächte zur Gründung von zwei Staaten auf deutschem Boden. Auf die Inkraftsetzung des Grundgesetzes und die Entstehung der Bundesrepublik als parlamentarisch-demokratischer Staat im Mai 1949 antwortete die Sowjetunion mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Oktober 1949 auf dem Gebiet der sowjetisch besetzten Zone. Unter der Zielsetzung des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft wurde die DDR zu einer zentralistisch regierten Parteidiktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)

Kalter Krieg

Phase des Ost-West-Konflikts zwischen 1947 und 1990/91 (Auflösung des Ostblocks). Im Kern wird der Kalte Krieg als Auseinandersetzung ("Nicht-Frieden") zwischen zwei unvereinbar erscheinenden Weltanschauungen mit ihren politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systemen gesehen. Auf der einen Seite stand die liberal-demokratische USA, auf der anderen die kommunistische UdSSR.

Westintegration

Nach der Gründung der Bundesrepublik 1949 strebte Bundeskanzler Adenauer die baldige Integration in die westliche Staatengemeinschaft an, um so für den neuen Staat die Souveränität zu erlangen. 1955 erhielt die Bundesrepublik in den Pariser Verträgen die innere Unabhängigkeit und trat dem westlichen Militärbündnis NATO bei. Jedoch behielten sich die drei Westalliierten die Entscheidung in allen Fragen vor, die Deutschland als Ganzes betrafen.

Deutsche Demokratische Republik (11/2.4)

17. Juni 1953: Aufstand gegen das DDR-Regime

Ausgehend von Arbeiterstreiks kam es am 17. Juni 1953 in vielen Orten der DDR zu Demonstrationen gegen die Führung der Sozialistischen Einheitspartei (SED) unter Walter Ulbricht, die den Aufstand durch sowjetische Truppen niederschlagen ließ. Die SED-Führung reagierte auf den Aufstand mit einem flächendeckenden Ausbau des Spitzelwesens (d.h. dem Ausbau des 1950 gegründeten Ministeriums für Staatssicherheit („Stasi“). Die Fluchtbewegung konnte sie aber nicht eindämmen. In der Bundesrepublik war der 17. Juni bis 1990 Nationalfeiertag („Tag der Deutschen Einheit“).

1961: Mauerbau

Im August 1961 ließ die DDR-Regierung eine Mauer zwischen Ostberlin und dem Westberlin errichten, um die anhaltende Massenflucht von DDR-Bürgern zu beenden. Kurz darauf wurde die gesamte innerdeutsche Grenze für Westreisen gesperrt. Der Mauerbau wurde von Seiten der DDR-Führung offiziell mit "Revanchepolitik" und „Menschenhandel" Westdeutschlands begründet. Tatsächlich war er jedoch ein Offenbarungseid des Systems der DDR, die die Menschen nicht ohne Zwang in ihrem Staat halten konnte. Die Mauer wurde zum Symbol der deutschen Teilung, führte aber in den folgenden Jahren zur inneren Stabilisierung der DDR.

Deutsche Frage

Die Aufteilung Deutschlands 1945 und die in der Folgezeit sich abzeichnende dauerhafte Teilung des Landes rückte die im 19. Jh. aufgekommene Deutsche Frage als das Problem einer nationalen Einheit der Deutschen wieder in den Blickpunkt der Politik. Die Aufforderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik von 1949, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, konnte vor allem wegen der jahrzehntelangen Ost-West-Konfrontation erst im Jahre 1990, nach der friedlichen Revolution in der DDR, erfüllt werden.

Entspannungspolitik

Nach der ersten Phase des Kalten Krieges kam es 1963 bis 1979 zu Vertragsabschlüssen in Fragen der Rüstungsbegrenzung und -kontrolle zwischen den beiden Weltmächten USA und Sowjetunion und den von ihnen angeführten Machtblöcken sowie zu Sicherheitsvereinbarungen auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). International führten die Abschlüsse zu einer Entspannung zwischen den beiden Machtblöcken. In der ersten Hälfte der 1980er-Jahre verschärften sich die Ost-West-Spannungen jedoch wieder.

1972: Grundlagenvertrag

Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Er sollte den „gutnachbarlichen Beziehungen" auf der Grundlage der Gleichberechtigung dienen, u.a. durch Gewaltverzicht, Achtung der bestehenden Grenze sowie der Regelung praktischer und humanitärer Fragen.

Ostverträge

Die von der Bundesregierung Brandt in den 1970er-Jahren aufgrund der „Neuen Ostpolitik" geschlossenen Verträge mit der Sowjetunion (Moskauer Vertrag 1970), Polen (Warschauer Vertrag 1970) und der Tschechoslowakei (Prager Vertrag 1973). Wie beim Grundlagenvertrag war das politische Ziel der Ostverträge Wandel durch Annäherung.

Ab 1985: Reformpolitik in der UdSSR

Massive Krisenerscheinungen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der UdSSR führten ab 1985 unter dem neuen Generalsekretär der Kommunistischen Partei der UdSSR (KPdSU), Michail Gorbatschow, zu einem Kurswechsel. Grundlegende Reformen innerhalb des sozialistischen Systems (Glasnost und Perestroika; s. u.) scheiterten jedoch an den starren Herrschafts- und Wirtschaftsstrukturen des kommunistischen Systems. Erst die Auflösung dieses Systems schuf die Voraussetzungen für eine mögliche Entwicklung von Demokratie und Marktwirtschaft.

Glasnost und Perestroika

Von Michail Gorbatschow zur Beschreibung seiner Reformpolitik (s.o.) verwendete zentrale Begriffe.:

Glasnost (Offenheit): Transparenz der Entscheidungen in den Staats- und Parteiorganen und öffentliche Diskussion der Probleme und Aufgaben.

Perestroika (Umbau): Ursprünglich als Modernisierung der Führungsrolle der KPdSU gedacht, führte sie, verschärft durch Machtkämpfe, Wirtschaftsprobleme und Nationalitätenkonflikte, zum Zerfall der Sowjetunion.

1989: Umbruch in Osteuropa

Ausgehend von inneren Oppositionsbewegungen in den Ostblockländern (zuerst in Polen), den Ergebnissen der KSZE-Konferenz in Helsinki (s. o. „Entspannungspolitik“) und der Reformpolitik Gorbatschows in der UdSSR (s.o.) kam es ab 1989 zur Beseitigung des sozialistischen Herrschafts- und Wirtschaftssystems in allen osteuropäischen Staaten.

9. Nov. 1989: Öffnung der innerdeutschen Grenze

Die Öffnung der Grenzübergänge in Berlin am 9. November 1989 ("Fall der Mauer") sowie in anderen Teilen der DDR gilt vor allem als symbolischer Schritt, der ein Jahr später zur Deutschen Einheit führte.

3. Okt. 1990: "Tag der Deutschen Einheit"

Tag des Beitritts der fünf neuen Länder (aus der ehemaligen DDR) zur Bundesrepublik Deutschland nach der friedlichen Revolution in der DDR und der Öffnung der innerdeutschen Grenze (s.o.). Seit 1990 ist der 3. Oktober gesetzlicher Feiertag.